

INFORMATION

zur Pressekonferenz

mit

Landesrat Rudi Anschober

5. Juni 2018

zum Thema

"Plastik-Lawine gefährdet unsere Lebensgrundlagen – Fakten, Forderungen und neue Maßnahmen in Oberösterreich"

Weitere Referenten:

- **Bürgermeister Roland Wohlmuth** (Vorsitzender des OÖ. Landesabfallverbandes)
- **DI Thomas Anderer** (Geschäftsführer des OÖ. Landesabfallverbandes)

Impressum

Medieninhaber & Herausgeber:
Amt der Oö. Landesregierung
Direktion Präsidium
Abteilung Presse
Landhausplatz 1 • 4021 Linz

Tel.: (+43 732) 77 20-114 12
Fax: (+43 732) 77 20-21 15 88
landeskorrespondenz@ooe.gv.at
www.land-oberoesterreich.gv.at

DVR: 0069264

„Plastik-Lawine gefährdet unsere Lebensgrundlagen – Fakten, Forderungen und neue Maßnahmen in Oberösterreich“

Plastik bzw. Kunststoffe sind wertvolle Materialien, sind etwa aus den Bereichen Medizin, Technik oder Lebensmittelhygiene nicht wegzudenken. Doch Plastik wird auch sehr leichtfertig eingesetzt, etwa bei Verpackungsmaterial, Plastiksackerln oder als Mikroplastik in Kosmetika. In diesen Bereichen werden Ressourcen massiv vergeudet und die Umwelt strapaziert, etwa durch Plastik-Teilchen überall in unseren Böden und Gewässern oder als tödliche „Futterquelle“ von Fischen und Wasservögeln. Erst vor kurzem hat ein an 80 Plastiktüten im Magen verendeter Wal schockiert. Über Fische oder losgelöste Weichmacher gelangen Plastik-Teilchen auch in die menschliche Ernährung.

Die EU-Kommission hat aktuell ihre „Plastik-Strategie“ vorgestellt, wonach die zehn am häufigsten angeschwemmten Plastik-Einmalprodukte verboten bzw. verringert werden sollen. Für LR Anschober ein wichtiger erster Schritt, der dann weiter zu einer Anhebung der Recycling-Quoten in Europa führen muss.

In Oberösterreich hat der Landesabfallverband ein sehr gutes Abfall-Trennsystem eingeführt und etabliert, sodass das EU-Ziel von 60% Recycling-Quote bei Siedlungsabfällen schon erreicht ist, gerade beim Wiederverwerten von Kunststoffen besteht allerdings auch in OÖ noch Nachholbedarf (CEP-Ziel bis 2030 sind 55% Recyclingquote bei Kunststoffverpackungen, Österreich liegt derzeit bei 34%).

LR Anschober startet mit diversen Branchen den Dialog, um schon das Produktdesign umweltfreundlich gegen eine spätere „Vermüllung“ zu gestalten.

Auch bei der Landesumweltreferent/innen-Konferenz bringt LR Anschober mehrere Anträge zum Thema Abfall ein, etwa zur Erforschung von Mikroplastik in unseren Böden oder zur Erhöhung der Mehrweg-Quote bei Getränken.

Aber auch jede/r Einzelne kann schon mit Kleinigkeiten gegen die Plastik-Flut eintreten, etwa mit dem eigenen Häferl statt täglichen Coffee-to-go-Bechern oder mit mitgebrachtem Stoff- statt Plastiksackerln beim Einkaufen.

Problemlage: Plastik-Lawine als Gefahr für Umwelt, Natur und Gesundheit

Die Weltproduktion an Kunststoff hat sich seit den 1960er Jahren auf 322 Millionen Tonnen verzwanzigfacht.

700 kg Plastikmüll landen im Meer - in jeder einzelnen Sekunde.

Gesamt schwimmen 150 Millionen Tonnen Plastik im Meer – und sind Todesgefahr für Meerestiere und Vögel.

Aktuell schwimmt sechsmal mehr Plastik in unseren Meeren als Plankton.

Der Plastikmüll in den Weltmeeren hat sich aufgrund der Strömungen mittlerweile zu riesigen Plastikinseln geformt, drei davon sind belegt: Im Nord- und Südpazifik sowie im Nordatlantik. Allein die Plastikinsel im Nordpazifik hat eine erforschte Größe von 700.000 bis 15.000.000 km² - im Vergleich zur Fläche von 10.180.000 km².

Plastikmüll am Meeresboden hat sich in der Arktis in nur 10 Jahren verdoppelt.

Trotz tierärztlicher Versorgung ist ein Grindwal in Thailand an 80 Plastiksäcken im Magen verendet, zuvor habe der Wal noch fünf Plastiksäcke erbrochen.

50-80% der Schildkröten innerhalb einer Population, egal welcher Art, haben Plastikmüll aufgenommen, ebenso 111 von 312 untersuchten Seevögeln.

Allein in Österreich wird in einem Jahr rund eine Milliarde Plastiksackerl erzeugt – und danach oft nur ein einziges Mal gebraucht.

Trink-Strohhalme aus Plastik werden im Schnitt nur 20 Minuten lang genützt – brauchen aber 500 Jahre, um wieder abgebaut zu sein.

Europaweit fallen derzeit jährlich 26 Millionen Tonnen an Plastik- und Kunststoffmüll an, nicht einmal ein Drittel davon wird wiederverwertet.

Allein in Österreich werden jährlich 80 Millionen Take-away-Boxen aus Plastik verwendet.

30kg Verpackungsplastik werden pro Person jährlich weggeworfen.

40% des Plastik-Verbrauchs in der EU geht auf Verpackungen zurück.

Ein Blick in Supermarktregale: in Plastik abgepacktes Obst und Gemüse, vorgeschneipstes Suppengemüse in Plastik, sogar schon geschälte Bananen oder Karotten mit Plastik-Haut.

Mikroplastik wird extra hergestellt, um als Zusatz in Kosmetika, wie Duschgels oder Zahnpasten, oder in Kinderspielzeug etc. verwendet zu werden. Dazu kommt der Plastik-Abrieb über die Waschmaschine, etwa durch Fleecejacken.

Plastik-Verschwendung ist allerdings nicht nur ein Umwelt- sondern zunehmend auch ein Gesundheitsproblem. Denn einerseits kommt Mikroplastik z.B. über die Aufnahme durch Fische auch in die menschliche Ernährung. Andererseits lösen sich durch Sonneneinstrahlung z.B. Weichmacher (Pthalate), die beim Menschen ähnlich zu Hormonen wirken und daher ein Risiko darstellen, gerade bei Kindern.

EU-Vorstoß „Plastik-Strategie“ – „guter erster Schritt“

Das Problem mit der Plastik-Flut hat die Europäische Union erkannt: Im Rahmen ihrer Plastikstrategie hat die EU-Kommission vorigen Montag einen Plan für die Eindämmung von Einmalplastik vorgestellt.

Im Visier sind die zehn Einwegprodukte aus Kunststoff, die in Europa am häufigsten an den Stränden und in den Meeren gefunden werden, sowie Fischfanggeräte, die im Meer verloren gegangen sind oder zurückgelassen wurden.

Die Maßnahmen im Detail:

- **Verbot von Kunststoff in bestimmten Produkten:** Wenn erschwingliche Alternativen zur Verfügung stehen, werden die Einwegkunststoffprodukte vom Markt genommen. Das Vermarktungsverbot soll für **Wattestäbchen, Besteck, Teller, Trinkhalme, Rührstäbchen und Luftballonstäbe aus Kunststoff** gelten, die vollständig aus umweltfreundlicheren Materialien hergestellt werden müssen. **Einweggetränkebehälter**, die Kunststoff enthalten, werden nur dann zugelassen, wenn ihre Deckel und Verschlüsse an ihnen befestigt sind.
- **Zielvorgaben für die Verbrauchsminderung:** Die Mitgliedstaaten müssen dafür sorgen, dass weniger **Lebensmittelverpackungen und Getränkebecher** aus

Kunststoff verwendet werden. Mögliche Umsetzungsformen könnten sein nationale Ziele für die Verbrauchsminderung festzusetzen, die Verfügbarkeit alternativer Produkte in den Geschäften zu verbessern oder sicherzustellen, dass Einwegkunststoffprodukte nicht kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

- **Verpflichtungen für die Hersteller:** Die Hersteller werden zur Deckung der Kosten für die Abfallbewirtschaftung und die Säuberung der Umwelt sowie für Sensibilisierungsmaßnahmen herangezogen. Dies gilt für die folgenden Kunststoffprodukte: **Behälter, Sackerl und Folienverpackungen für Lebensmittel (z. B. für Chips und Süßigkeiten), Getränkeflaschen und -becher, Tabakerzeugnisse mit Filtern (z. B. Zigarettenstummel), Feuchttücher, Luftballons und leichte Kunststofftragetaschen.** Die Industrie wird auch Anreize erhalten, für diese Produkte weniger umweltschädliche Alternativen zu entwickeln.
- **Zielvorgaben für die Sammlung:** Die Mitgliedstaaten werden verpflichtet, bei **Einweg-Getränkeflaschen aus Kunststoff** bis zum Jahr 2025 eine Sammelquote von 90 % zu erreichen, zum Beispiel durch Pfandsysteme.
- **Kennzeichnungsvorschriften:** Auf bestimmten Produkten muss in klarer, standardisierter Weise angegeben werden, wie sie zu entsorgen sind, welches die negativen Umweltauswirkungen des Produkts sind und dass das Produkt Kunststoff enthält. Dies wird für **Hygieneeinlagen, Feuchttücher und Luftballons** gelten.
- **Sensibilisierungsmaßnahmen:** Die Mitgliedstaaten werden dazu verpflichtet, die Verbraucher für die negativen Auswirkungen einer unsachgemäßen Entsorgung von Einwegkunststoffprodukten und Fischfanggeräten sowie für die verfügbaren Wiederverwendungssysteme und Abfallbewirtschaftungsmöglichkeiten für alle diese Produkte zu sensibilisieren.

Weitere Umsetzungsschritte notwendig

Der Verordnungsentwurf ist Teil der im Jänner vorgestellten Plastikstrategie der Kommission, die das Plastikmüllaufkommen in der EU verringern und Plastikprodukte bis 2050 komplett recycelbar machen soll. In den nächsten Monaten werden das Europäische Parlament und der EU-Ministerrat ihre Positionen zum Vorschlag der Kommission erarbeiten. Die EU-Kommission hofft darauf, bis zur Europawahl Mitte 2019 Ergebnisse vorweisen zu können.

LR Anschober: „Die angekündigte Initiative der EU-Kommission für ein Teilverbot ist ein wichtiger erster Schritt. Das weitere deutliche Erhöhen der Recyclingquoten in der EU muss als nächstes folgen“.

Es braucht:

- Weiteres Verbot für Mikroplastik in Kosmetika und Pflegemitteln
- Einwegverpackungen bei Lebensmitteln auf die EU-Verbotsliste
- Verbindliche Quote für Mehrwegflaschen oder Pfand auf Einwegflaschen
- Produktdesign für verbleibende Kunststoffe zur Sicherstellung der Recyclierbarkeit
- enge Zusammenarbeit von Abfallwirtschaft und produzierender Wirtschaft

Situation von Müllentsorgung, Wiederverwertung und Wiederverwendung in OÖ

Anhand internationaler Vergleiche lässt sich feststellen, dass die kommunale Abfallwirtschaft in Oberösterreich auf sehr hohem Niveau agiert. 2016 wurden von den 516 kg/ Einwohner/in an Siedlungsabfällen bereits 377 kg/EW getrennt erfasst, um eine Verwertung zu ermöglichen. Rund 10% des gesamten Siedlungsabfalls sind Kunststoffe, weniger als ein Fünftel davon wird stofflich verwertet. 19 % der getrennt erfassten Altstoffe, also 71 kg/EW, sind Verpackungen; dies scheint mengenmäßig gering zu sein, ist aber das wesentlich höhere Volumen zu beachten (bis 5 fache des Restmüllvolumens!).

Im eben vom EU-Rat beschlossenen Kreislaufwirtschaftspaket (CEP, circular economy package) wird u. a. ein **Recyclingziel für Siedlungsabfälle mit 60 Prozent für 2030 festgesetzt. Dieses Ziel haben wir in Oberösterreich bereits jetzt erreicht!** Der Anteil der deponierten Abfälle ist in Österreich mit circa 4 % äußerst gering. Bgm. Roland Wohlmuth, LAV Vorsitzender: *“Wir begrüßen grundsätzlich das Kreislaufwirtschaftspaket, da es zu einer nachhaltigeren Ressourcenbewirtschaftung führt und ökologisches Dumping durch unsachgemäße Entsorgung der Abfälle in anderen Staaten auf Kosten der Umwelt abbaut.“*

Allerdings gibt es auch einzelne Verwertungsziele für die diversen Verpackungen, wo auch Österreich noch **Nachholbedarf** hat. So schreibt das CEP **für Kunststoffverpackungen** im Jahr 2030 55% Recyclingquote vor; Österreich erreicht derzeit knapp 34 %.

OÖ sammelte 2016 je Einwohner/in 25,6 kg Altkunststoffe & Materialverbunde, rd. 85 % davon sind Verpackungen. Aufgrund der – im Vergleich zu anderen Bundesländern hoch entwickelten, sortenreinen Sammlung in den ASZ ist eine weitgehende stoffliche Verwertung möglich, als in den anderen Sammelsystemen (Behälter & gelbe Säcke). In jenen oö. Bezirken, in denen die Sammlung von Kunststoffverpackungen vorwiegend über das ASZ-System erfolgt, wird das künftige EU-Ziel von 55%-Recyclingquote heute schon erreicht. Das unterstreicht die Leistungsfähigkeit und die zukunftsweisende Ausrichtung des o.ö. ASZ-Systems. **In Summe schätzen wir für OÖ die tatsächliche Verwertungsquote für Kunststoffverpackungen bei über 40% ein.**

Noch bürgernähere Sammelsysteme und Bewusstseinsbildung ist eine mögliche Strategie. Ohne wirtschaftlich darstellbare **Aufbereitung = Recycling** nützt aber die beste Kunststoffsammlung nichts. Auf Grund der langjährigen Tradition der getrennten Sammlung in Österreich haben sich lt. LAVU AG aktuell 38 Verwertungsanlagen für Kunststoffe etabliert. 2016 wurden rund 250.000 Tonnen zu neuen Sekundärrohstoffen verarbeitet, 20 % davon wurden importiert. Mit den derzeit schon bestehenden Verarbeitungskapazitäten können weitere 30 % zusätzlich verarbeitet werden. Die Verantwortung der **produzierende Industrie liegt darin**, Produkte so zu gestalten, dass **Kunststoffrecycling in größerem Ausmaß technisch und wirtschaftlich machbar wird.** (s. EU-Plastikstrategie). Es wird dazu noch mehr Forschung und Entwicklung brauchen.

Konkrete Beispiele zur Vermeidung von Plastikmüll in OÖ

Coffee to go – cup to keep – Linzer Initiative

Durchschnittlich 15 Minuten sind die Papierbecher für den Coffee-to-go im Einsatz. Danach landen sie im Müll oder werden achtlos weggeworfen. Das Problem: Die Becher sind nicht rein aus Karton, sondern enthalten Kunststoffe. Das macht Recycling unmöglich – sie müssen verbrannt werden.

Um den Müllberg zu reduzieren hat die Linzer Umweltstadträtin Eva Schobesberger eine Initiative ins Leben gerufen, die es den Linzer/innen attraktiv machen soll, den Coffee-to-go aus dem eigenen Häferl zu genießen. Bei mittlerweile rund 30 Partnerbetrieben gibt's den Kaffee günstiger, wenn man das eigene Häferl mitbringt.

Plastik(sackerl). So ein Mist

Auch das Plastiksackerl beim Einkauf wird oft nur ein einziges Mal verwendet, danach weggeworfen. Auf die Alternative weist LR Anschober mit Verteilaktionen von Stoffsackerln seit Jahren hin: „Plastik(sackerl). So ein Mist“ zeigt, dass ein mitgebrachtes Stoffsackerl, Rucksack oder Korb eine umweltfreundliche und zunehmend immer stylischere Alternative zum Plastiksackerl sind. V.a. der Lebensmittelhandel hat das Problem mittlerweile anerkannt und schränkt den Plastiksackerl-Verbrauch ein, etwa durch Kostenpflicht, Aus für Obstsackerl oder Ersatz durch Papiertüten.

Die LAVU AG ist Partner beim LIT-Projekt der „Fabrik der Zukunft“, das 2019 startet und u.a. **Altkunststoff aus den oö. ASZ einsetzt**. In diesem Rahmen läuft aktuell ein kooperatives Forschungsprojekt (CIRCUMAT), in dem Unternehmen (LAVU, Borealis, Erema, Greiner etc.) sowie Forscher/innen (JKU, TCKT) daran arbeiten, aus Kunststoffabfällen wieder neue, hochwertige Materialien für ebensolche Anwendungen herzustellen und somit den Recyclingkreislauf zu schließen. Um dies auch den Endkunden besser zu veranschaulichen, ist eines der ausgewählten Produkte der **Speiseölsammelbehälter „Öli“ aus Rezyklat**. Die Besonderheit bei diesem Projekt ist, dass dabei in den ASZ sortenrein gesammelte Altkunststoffe, qualitätsgesichert eingesetzt werden.

Am Weg zur Kreislaufwirtschaft: Maßnahmen und Forderungen

Umweltschutz schon bei Produktdesign mitdenken

Wesentlicher Schlüssel zur Reduktion von Plastikprodukten und damit für den Schutz unserer Umwelt vor der „Vermüllung“ ist ökologisches Produktdesign.

Schon bei der Gestaltung der Produkte muss auch deren Auswirkung auf die Umwelt mitgedacht werden. Für die Kreislaufwirtschaft wichtig sind die Zusammensetzung, Haltbarkeit, Demontage, Reparaturfähigkeit und Recyclingfähigkeit eines Produktes.

LR Anschober: „Mein Umweltressort wird daher den Dialog unter den öö. Key-Playern der aufgezählten Bereiche starten bzw. verstärken. Im Austausch miteinander soll die Frage beantwortet werden, wie muss ein Produkt ausschauen, damit Recycling optimal möglich ist? Wir sind in Oberösterreich im Bereich der Landesabfallverbände schon auf einem sehr guten Weg, immer weiter in Richtung Kreislaufwirtschaft. Nun braucht es auch andere Branchen mit an Board!“

Anschober fordert von der Bundesregierung, die Ankündigung der EU-Kommission nach einem Plastik-Teilverbot massiv politisch zu unterstützen.

Landesumweltreferent/innenkonferenz – OÖ will „im Kreislauf denken“

In gut einer Woche werden die Umweltreferent/innen aller Bundesländer mit Vertreter/innen des Ministeriums in Salzburg tagen, OÖ wird daran mit zentralen Forderungen im Bereich Abfall teilnehmen: Neben einem Antrag für den verpflichtenden Umstieg auf biologisch abbaubare Kunststofftragetaschen und Knotenbeutel und einem für eine gesetzliche Regelung gegen die Lebensmittelverschwendung wurde auch ein Antrag zur Steigerung der Mehrwegquote von OÖ eingebracht. Konkret sollen gesetzlich verpflichtende Mehrwegquoten bei Getränkeverpackungen wieder zu höheren Quoten führen. Dieser befindet sich seit der Regelung mittels freiwilliger Vereinbarung nämlich auf dem Sinkflug – ohne Gastronomie bei aktuell 18 %. Durch den neuen Trend der 0,33 l Bierflasche – beinahe ausschließlich in der Einwegflasche angeboten – verschärft sich diese Entwicklung.

Der Antrag, Reparaturen durch Anreize und verbesserte Rahmenbedingungen zu fördern setzt an, bevor ein Produkt zum Abfall wird und ist somit ganz im Sinne echter Kreislaufwirtschaft. Mit einem Antrag zu Mikroplastik appelliert OÖ an den Bund für aktive Maßnahmen gegen dieses Problem und schlägt ein gemeinsames Projekt vor, die Eintragungspfade für Mikroplastik im Boden näher zu untersuchen.